



## Niederschrift 36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 29.03.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend ab TOP 2 (16:40 Uhr)
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend ab TOP 1.3 (16:35 Uhr)
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Frau Krüger, Christine	CDU	
Herr Lehmann, Carsten		
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		
Herr Wernick-Otto, Frank	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert		
Frau Müller, Elona, Beigeordnete		

### Nicht anwesend sind:

Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	entschuldigt
Herr Harder, Dirk		nicht anwesend
Frau Scheuerer, Sabina		entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 22.02.2007
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

- 4 Vorstellung des Anti-Aggressivitäts-Trainings in Potsdam
- 5 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010  
Vorlage: 06/SVV/0968  
Oberbürgermeister, FB Jugendamt  
- Wiedervorlage -
- 6 Schulsozialarbeiter  
Vorlage: 07/SVV/0125  
Fraktion SPD
- 7 Aufstellungsbeschluss zur 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", Teilbereich Karl-Marx-Straße 16  
Vorlage: 07/SVV/0103  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 8 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)  
Vorlage: 07/SVV/0141  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 9 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### **zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 22.02.2007**

Frau Schulze erinnert daran, dass durch die Verwaltung in der letzten Sitzung zugesagt wurde, die Prioritätenliste für die Sanierung der Kitas und Schulen als Anlage zum Protokoll auszureichen. Dies ist nicht erfolgt.

Frau E. Müller informiert, dass die Gespräche hierzu noch nicht abgeschlossen sind.

Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird die Liste dem JHA-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Schulze weist darauf hin, dass zum TOP 8 (Umweltpreis für Kinder und Jugendliche) die zugesagte Anlage nicht ausgereicht wurde.

Frau Spyra sagt zu, diese nachzureichen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

## **zu 2 Mitteilungen des Jugendamtes**

### **Benchmarking-Ergebnisse**

Frau E. Müller informiert, dass Ergebnisse der überörtliche Prüfung des Kommunalen Prüfungsamtes (KPA) des Ministerium des Innern im Bereich der Kindertagesbetreuung sowie die Benchmarking-Ergebnisse der Firma con\_sens und IKO im Bereich der Hilfen zur Erziehung vorliegen und dem Jugendhilfeausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden sollen.

### **OFF LINE Junior**

Herr Schweers informiert, dass der Kaufinteressent für das Grundstück des OFF LINE Junior vom Kauf zurückgetreten ist. Daraufhin erfolgte eine europaweite Ausschreibung der Liegenschaft.

Frau Schulze fragt, ob dann die vorgegebene Zeitschiene noch gehalten werden könne.

Herr Schweers erklärt, dass der Zeitplan eingehalten werden soll.

## **2. Potsdamer Kinderforum**

Frau Dr. Müller informiert über das 2. Kinderforum vom 23.03.2006. Dieses war ein voller Erfolg. Über 100 Kinder aus Potsdamer Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen haben teilgenommen. Sie dankt den Organisatoren und insbesondere Frau Pigorsch und schlägt vor, dass die Ergebnisse des Forums dem Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

### **Fachtagung**

Frau Dr. Müller empfiehlt die Fachtagung anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Elternberatung „Vom Säugling zum Kleinkind“ zum Thema Frühe Hilfe – Kinderschutz durch Stärkung der Eltern-Kind-Beziehung vom 27. bis 28. April 2007 in der Fachhochschule Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 4.

Frau Dr. Müller verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Brief zur Schulsozialarbeit in Potsdam und schlägt vor, dass alle JHA-Mitglieder bis zum 05.04.2007 ihre Anmerkungen und Änderungswünsche an Frau Spyra geben. Nachdem diese eingearbeitet sind, wird das Schreiben an den Ausschuss für Bildung und Sport weitergeleitet.

Herr Wernick-Otto bittet um Übersendung des Briefes per e-Mail.

Herr Wernick-Otto fragt nach der Präsentation der Ergebnisse der Tagung vom 30. Januar 2007 zum Thema Jugendgewalt. Des weiteren bittet er, den offenen Brief von Herrn Voehse im Jugendhilfeausschuss zu verlesen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies kein offener Brief ist, sondern eine Erklärung für sie und Herrn Schweers zur Abwesenheit von Herrn Voehse in der heutigen Sitzung.

Herr Wernick-Otto bittet, dies im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu thematisieren.

### **zu 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise**

#### **UA JHPL**

Herr Liebe weist darauf hin, dass das Protokoll des Unterausschusses Jugendhilfeplanung demnächst auch wieder unter madstop.de abrufbar ist. Er informiert über die Themen, mit denen sich der Unterausschuss befasst hat. Er gibt Erläuterungen zu der als Tischvorlage ausgereichten Konzeptgliederung nach Pedro Graf.

Nach Zustimmung des Jugendhilfeausschusses wird diese Gliederung unter madstop.de den Trägern zur Verfügung gestellt wird.

Es fand auch ein Austausch zum Umgang mit Parallelstrukturen und Abstimmung zum Arbeitsplan des Unterausschusses statt.

Frau Basekow fragt, wie mit der Empfehlung zur Konzeptgliederung, die sie sehr gut findet, umgegangen werden soll.

Herr Schweers erklärt, dass dies als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufgenommen und dann auch beschlossen werden kann.

Frau Dr. Müller wird dies in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufnehmen.

#### **AKKJ**

Herr Liebe informiert, dass sich der AKKJ mit Aufsichtspflicht und Haftungsfragen in Kinder- und Jugendeinrichtungen befasst hat.

Die Wahl der Sprecherin/des Sprechers wurde verschoben.

#### **AG Jugendhilfe/Schule**

Frau Drohla berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule am 16.03.2007, mit den Projekten der Hoffbauer-Stiftung im Jugendhaus OASE auf Hermannswerder vertraut gemacht hat. Das Protokoll wurde an alle JHA-Mitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

### **zu 4 Vorstellung des Anti-Aggressivitäts-Trainings in Potsdam**

Herr Schweers erläutert kurz die Rahmenbedingungen von Seiten der Verwaltung.

Herr Ünsal und Herr Frische stellen sich und ihre Arbeit kurz vor.

Herr Ünsal stellt anhand von Folien das Konzept vor und gibt einen Überblick über die Anzahl der zugewiesenen Jugendlichen, die geleisteten Kurse sowie die Abbrüche.

Er erörtert die Ziele sowie die Bausteine des Trainings und macht dabei deutlich, dass das Jugendrechtshaus nach Zuweisung durch das Amtsgericht die Anti-Aggressionstrainingskurse für die Jugendämter Potsdam und Potsdam-Mittelmark durchführt.

Herr Frische verweist auf die enge Zusammenarbeit mit den Gerichten und den Bewährungshelfern.

Frau Franke erklärt, dass laut Jugendgerichtsgesetz eine Weisung zur Teilnahme am Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) ausgesprochen werden kann. Sie macht auch deutlich, dass im Jugendrecht erzieherische Maßnahmen gefunden werden sollen.

Sie betont die Wichtigkeit des Anti-Aggressivitäts-Trainings, aber auch die Notwendigkeit der Verlässlichkeit, dass diese Kurse zweimal jährlich durchgeführt werden.

Sie weist auch auf die wichtige Stellung der Jugendgerichtshilfe des Jugendamtes hin.

Frau E. Müller fragt, ob es Erkenntnisse gibt, wie viele Teilnehmer nach den Kursen rückfällig geworden sind.

Herr Ünsal weist darauf hin, dass dies durch die Jugendgerichtshilfe ermittelt werden könnte.

Frau Eiserbeck fragt, ob bei Abbruch die Plätze auch während des laufenden Kurses neu besetzt werden können. Des weiteren fragt sie nach dem finanziellen Rahmen.

Herr Ünsal erklärt, dass bei Abbruch gemeinsam entschieden wird, wie weiter zu verfahren ist.

Herr Wernick-Otto fragt, ob es eine Zusammenarbeit mit den konkurrierenden Projekten gab.

Frau Basekow erklärt, dass das Projekt mit dem EJF durchgeführt wird, bisher gab es keine weiteren Beteiligten. Auch in den bisherigen Fachrunden gab es keine Anfragen von außen.

Frau Hübner ergänzt, dass sich der EJF mit Pacifico e.V. in Verbindung gesetzt hat. Pacifico hat die Zusammenarbeit abgelehnt.

Frau Schulze fragt, mit welchem Anspruch das AAT-Konzept heute diskutiert wird.

Herr Lehmann fragt, ob die Abbrecher-Rate bzw. die Nicht-Erscheiner-Rate ähnlich wie z.B. in Berlin ist. Des weiteren fragt er, ob zwei Kurse jährlich ausreichend sind.

Herr Ünsal erklärt, dass bei diesem Klientel die Abbrecherrate sehr hoch ist, auch in Berlin und anderen Städten. Dies kann mehrere Gründe haben. Es gibt auch Jugendliche, die aufgrund einer Inhaftierung abbrechen müssen.

Frau Franke erklärt, dass ein großer Bedarf vorhanden ist. Effektiv sind zwei Kurse pro Jahr, die mit ca. 15 Jugendlichen beginnen.

Frau Parthum fragt, ob auch Mädchen/Frauen in den Gruppen sind. Wenn ja, wie hoch ist deren Anteil? Wie hoch ist der Anteil ausländischer Jugendlicher?

Herr Ünsal informiert, dass im ersten Kurs ein 15-jähriges Mädchen war. In der zweiten Gruppe waren keine Mädchen. Die Methode ist aus seiner Sicht durchaus auch für aggressive Mädchen sinnvoll. In Berlin sind Mädchen in den Gruppen.

In der ersten Gruppe waren drei ausländische Jugendliche, in der zweiten Gruppe sind zwei ausländische Jugendliche.

Frau Michael weist darauf hin, dass möglichst tatzzeitnah reagiert werden muss. Sie fragt, wie lang die Zeit zwischen Tat und Anklage ist.

Frau Franke erklärt, dass dies in den meisten Fällen ca. drei Monate sind.

Frau Michael weist auch auf die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs hin.

Frau Drohla fragt, ob das ATT fortgeführt werden soll.

Frau E. Müller erklärt, dass das Konzept vorgestellt wird, auf der Grundlage der Diskussion zum Antrag 06/SVV/0985 der Fraktion Die Andere.

Die Finanzierung des AAT erfolgt gemeinsam mit Potsdam-Mittelmark anteilig im freiwilligen Bereich zu je 7.000 Euro jährlich. Frau E. Müller macht deutlich, dass diese Kosten voll durch die Jugendämter getragen werden. Die Gerichte sind hier finanziell zu keiner Beteiligung bereit.

Sie weist auch darauf hin, dass auch das gesamte soziale Umfeld der Jugendlichen betrachtet werden muss. Hier ist die Bildung von Netzwerken dringend erforderlich.

Herr Schweers ergänzt, dass das Jugendrechtshaus versucht, weitere Mittel einzuwerben.

Aber auch das Jugendamt ist bemüht, weitere Mittel zu akquirieren.

## **zu 5      Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010 Vorlage: 06/SVV/0968**

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, da beide Drucksachen in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Sie regt an, den Jugendförderplan heute in einer zweiten Lesung zu behandeln und weist darauf hin, dass es bisher keine Zuarbeiten/Anmerkungen von Seiten der JHA-Mitglieder gab.

Sie verweist auf den Beschluss zur Verstetigung der Schulsozialarbeit sowie den Antrag 06/SVV/0890, die bereits beschlossen sind, aber hier mit Berücksichtigung finden müssen.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der Jugendförderplan gemeinsam mit dem Haushalt 2007 beschlossen werden soll.

Herr Schweers informiert, dass das Diakonische Werk Potsdam einen Antrag zur Verstetigung der Sozialarbeiterstelle von Herrn Jungbluth gestellt hat.

Frau Basekow stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:  
Behandlung des Jugendförderplanes ohne Beschlussfassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 3

*Dem GO-Antrag wird zugestimmt.*

Herr Schweers erläutert die ausgereichte Tischvorlage und gibt einen Überblick über die Entwicklung der rückläufigen jährlichen Bezuschussung durch das Land.

Herr Becker erläutert anhand einer Folie die Entwicklung der Förderung von Personalkosten von 2007 bis 2010.

Er gibt einen Überblick über den Einsatz der Schulsozialarbeiter im Vergleich 2006/2007 zu 2007/2008 mit dem Hinweis, dass der Sozialraum 6 die höchste Versorgungsquote mit Schulsozialarbeitern hat.

Frau Knoblich zieht den Antrag 07/SVV/0125 (TOP 6) zurück, da dieser durch Verwaltungshandeln erfüllt ist.

Herr Liebe hat festgestellt, dass Verstimmungen dazu bestehen, dass der derzeitige Tagesordnungspunkt heute aufgerufen wurde.

Er informiert, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung dazu verständigt hat, den Jugendförderplan in der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu beraten, da dieser im Zusammenhang mit dem Antrag zur Schulsozialarbeit steht. Er weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss hier unbedingt in der Diskussion bleiben sollte, um diesen Prozess begleiten zu können.

Herr Wernick-Otto verweist auf die Begründung zum Antrag 07/SVV/0125, in der von einer Schule für verhaltensgestörte Schüler gesprochen wird. Dies ist diskriminierend.

Die Verstetigung der Schulsozialarbeit ist sehr wichtig.

Frau Schulze macht deutlich, dass der Antrag der SPD-Fraktion aus ihrer Sicht nicht weit genug geht, da dieser lediglich ein Prüfauftrag ist. Im Sozialraum 6 soll dauerhaft sichergestellt werden, dass Schulsozialarbeit erhalten bleibt.

Sie bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu sichern, dass im Sozialraum Schlaatz/Waldstadt I und II mindestens drei Schulsozialarbeiterstellen dauerhaft erhalten bleiben.*

Herr Schweers weist darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die gemeinsam mit dem § 13 e.V. festlegt, an welchen Schulen die Sozialarbeiter eingesetzt werden. Dadurch ist ein bedarfsgerechter Einsatz möglich.

Frau Drohla verweist auf die besonders schwierigen Bedingungen in der Fontane-Schule und benennt Beispiele.

Sie fragt, ob ein Schulsozialarbeiter als Anlaufstelle für mehrere Schulen fungieren kann.

Frau Schulze fragt, ob in der gemeinsamen Arbeitsgruppe einvernehmlich beschlossen wurde, dass in der Rosa-Luxemburg-Schule kein Schulsozialarbeiter mehr erforderlich ist.

Herr Becker erklärt, dass die Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit alle Schulen, die bisher Schulsozialarbeiter haben oder beantragt haben, angeschrieben hat. Die

Rosa-Luxemburg-Schule hat keinen entsprechenden Antrag eingereicht. Er macht deutlich, dass die Verwaltung nicht aktiv werden kann, wenn von Seiten der Schule kein Bedarf signalisiert wird.

Herr Dr. Henrich spricht sich dafür aus, hinsichtlich der Verteilung der Mittel für Schulsozialarbeit die gesamte Stadt zu betrachten und nicht einzelne Stadtteile.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass man darüber nachdenken sollte, wie bei direkter Nähe von Schulsozialarbeitern zukünftig die wenigen Ressourcen besser zu nutzen sind.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass der Antrag zum Einsatz eines Schulsozialarbeiters in der Schule 20 erfüllt ist. Offen bleibt der Auftrag zur Verstetigung der Schulsozialarbeit sowie die schrittweise Erweiterung der Schulsozialarbeit an Grundschulen. Darüber sollte die Verwaltung den Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten JHA-Sitzungen informieren. Sie erinnert in diesem Zusammenhang auch an den Beschluss, einen Teil der frei werdenden Mittel durch Schulschließungen für Schulsozialarbeit einzusetzen.

Frau Knoblich stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Der Jugendförderplan ist in der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht weiter zu diskutieren. Dieser wird gemeinsam mit dem Haushalt in einer gesonderten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt. Hierfür wird die Sitzung im Juni 2007 vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

*Dem GO-Antrag wird zugestimmt.*

**zu 6 Schulsozialarbeiter**  
**Vorlage: 07/SVV/0125**

*Der Antrag wird aufgrund der im Ausschuss gegebenen Information zurückgezogen.*

**zu 7 Aufstellungsbeschluss zur 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", Teilbereich Karl-Marx-Straße 16**  
**Vorlage: 07/SVV/0103**

Herr Wolfram bringt die Drucksache ein. Er weist auf die Änderungen hin.

Frau Knoblich fragt, ob sich die Größe des Spielplatzes verändert hat.

Herr Wolfram erklärt, dass die Größe des Spielplatzes bisher noch nicht festgelegt war. Ein Spielplatz soll mindestens 300 m<sup>2</sup> groß sein. Die vorgesehene Fläche beträgt ca. 500 m<sup>2</sup>.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 45 „Karl-Marx-Straße“ ist in einem beschleunigten Änderungsverfahren gemäß § 13 a Abs. 1 Satz 2 BauGB im Bereich des Grundstücks Karl-Marx-Straße 16 zu ändern ( s. Anlage 1).



Das in Anlage 4 dargestellte städtebauliche Konzept ist die Grundlage für die vorgesehene Änderung des Bebauungsplanes im Teilbereich Karl-Marx-Straße 16.

2. Das Verfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (s. Anlage 2).
3. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (s. Anlage 3). Die Einleitung des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Investor übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.8.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffene Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 8 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)  
Vorlage: 07/SVV/0141**

Herr Wolfram bringt das INSEK ein und gibt Erläuterungen. Er weist darauf hin, dass dies kein abgeschlossenes Konzept ist, sondern ein Handlungsrahmen. Wichtig dabei ist dass das Konzept ständig aktualisiert und fortgeschrieben wird.

Herr Wernick-Otto fragt, warum es kein Entwicklungsziel „Kinder- und Jugendliche“ gibt.

Frau Krüger vermisst Maßnahmen zur dauerhaften Schaffung von Freibädern.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass das INSEK ein großer Rahmen für alle in der Landeshauptstadt Potsdam angedachten Maßnahmen ist. Das INSEK ist auch als Prozess zu verstehen und muss ständig angepasst werden. Sie macht deutlich, dass kinderfreundliche Gemeinde auch zu Heimatstadt gehört.

Herr Wolfram ergänzt, dass Kinder- und Jugendliche ebenso zur Kulturstadt, zur Wissensstadt und auch zur Hauptstadt gehören.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) wird Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Das Konzept wird jährlich überprüft und aktualisiert, dabei wird die Öffentlichkeit an der Fortschreibung beteiligt.

Zustimmung: 10

Ablehnung: 1

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

## zu 9      **Sonstiges**

Herr Wernick-Otto spricht die vermutete Kriminalisierung von Fußballfans an und schildert einen Fall des Umgangs der Polizei mit einer Jugendlichen. Er bittet die Verwaltung und den Ausschuss, sich zu positionieren.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass weder ihr noch der Verwaltung dies so bekannt war. Herr Voehse hat diesbezüglich auch keinen persönlichen Kontakt zu ihr bzw. der Verwaltung gesucht.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass Herr Voehse einen Brief zur Entschuldigung geschrieben hat, weshalb er heute nicht im Jugendhilfeausschuss anwesend ist. Sie weist darauf hin, dass Herr Voehse durchaus die Möglichkeit hatte, sich an die Verwaltung zu wenden.

Frau Michael erörtert das Verfahren, wenn jemand in polizeilichen Gewahrsam genommen wird.

Frau Dr. Müller wird sich mit Herrn Voehse in Verbindung setzen und versuchen eine Klärung herbeizuführen.

Herr Liebe weist auf das Europäische Jugendparlament hin und fragt, ob es dazu Informationen im Jugendhilfeausschuss geben wird. Des Weiteren fragt er, ob es Aufträge aus dem Jugendhilfeausschuss an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gibt.

Frau Parthum erklärt, dass die Medienwerkstatt dies begleitet hat. Hier gibt es auch einen kleinen Film, der dem Jugendhilfeausschuss bei Bedarf gezeigt werden kann. Sie fragt, ob es denkbar wäre, das Haushaltssicherungskonzept auszusetzen oder zu verändern, wenn sich z.B. bestimmte Situationen in der Stadt verändert haben.

Herr Schweers weist darauf hin, dass das HSK jährlich beschlossen wird.

### **Nächster Jugendhilfeausschuss:**

**26. April 2007; 16:30 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Protokoll**